

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 58 (1979)
Heft: 10

Artikel: Wir haben eine Sonntagsdemokratie
Autor: Bratschi, Heinz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339571>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Wir haben eine Sonntagsdemokratie»

Ein Gespräch mit Dr. Heinz Bratschi*, Präsident der sozialdemokratischen Fraktion der Bundesversammlung



Wie beurteilst Du die Chancen der parlamentarischen Demokratie?

Wir stehen an einer Zeitwende. Im Wirtschaftssektor, wo bisher gewisse demokratische Freiheiten (Handels- und Gewerbefreiheit) geherrscht haben, ergeben sich Machtzusammenballungen, die von hier aus die politische Demokratie in Frage stellen. Der freie Wettbewerb existiert nur noch für die Grossen, die Kleinen werden erdrückt, man denke ja nur an das «Lädelisterben».

Diese Vorgänge sind international. Im nationalen Bereich könnte man sie durch das Parlament steuern. Multinationale Konzerne entziehen sich staat-

licher Kontrolle, sie handeln ausserhalb der Politik und der Gesetzgebung eines jeden Landes. Je nach Bedarf weichen die Multis in Länder aus, die ihnen vom Steuerlichen und von den billigen Arbeitskräften her günstig erscheinen. Man kann in solchen Ländern auch Dinge herstellen, die in andern verboten sind. Das führt uns zur Frage: Genügt unser politisches System angesichts dieser Tatsachen? Es ist nur auf unsern nationalen Bereich ausgerichtet. Beschlüsse der Multis mit weitreichenden Auswirkungen auf die Arbeitnehmer können die Beschlüsse einer jeden nationalen Regierung illusorisch machen, die Arbeitsplatzsicherung und die Sozialversicherung können in Frage gestellt werden. Durch die Verlegung von Arbeitsplätzen ins Ausland verschwinden Arbeitsplätze im Inland und das Steuersubstrat wird vermindert. In dieser spätkapitalistischen Situation ergeben sich für einen machtlosen Kleinstaat wie den unsern, für die Regierung und das Parlament, die sich für die kleinen Leute und die sozial Schwachen einsetzen, einige Schwierigkeiten, während die Grossen, die Mächtigen, ihre eigenen «Gesetzgeber» und Vollzieher ihrer Macht sind.

Was geschieht mit unserer Jugend?

Die junge Generation, die nachwächst, ist nicht zuletzt dank der SP wesentlich besser geschult als früher und empfindet diese wirtschaftliche Machtverteilung als ungerecht. Es erscheint ihr unmoralisch, sich nur nach einem möglichst grossen Profit auszurichten und es stört sie, dass

ein Missverhältnis zwischen dem politischen Vermögen und dem wirtschaftlichen Vermögen besteht. So verbreitet sich die Auffassung, es nütze nichts, in Regierung oder Parlament zu sein, weil die Grossen die wirtschaftlichen Dispositionen selbst treffen.

Zudem können wir Schweizer andern Ländern und ihren Multis keine Vorwürfe machen, denn wir sind ein Land, das den Machtverschiebungen im Wirtschaftssektor Vorschub leistet, das geschieht mit den Nummernkontis und mittels Bankgeheimnis. Diese Situation muss eigentlich zum Radikalismus der Jugend führen, solange nicht Mittel und Wege gefunden werden, um dieser Machtzusammenballung Einhalt zu gebieten.

Es kommt dazu, dass auf internationaler Ebene eine Patt-Situation von zwei Grossmächten mit zwei ganz verschiedenen Wirtschaftssystemen herrscht, die wiederum ein gemeinsames Vorgehen gegenüber der Fehlentwicklung im Wirtschaftssektor verhindert. Dazu kommt das Nord-Süd-Gefälle, das früher oder später zu Konfrontationen politischer oder kriegerischer Art führen wird. Heute sehen wir dem Machtkampf zwischen den reichen Industriestaaten der armen Dritten Welt und der industrialisierten Welt zu, der von den Profitinteressen der Ölmultis überdeckt wird, die aus der Ölkrise Riesenprofite ziehen. Kein Staat, nicht einmal die USA, können die Ölmultis kontrollieren.

Was kann man, was soll man noch tun?

Die Flinte ins Korn werfen, eine Kapitulation vor der Entwicklung bringt uns nicht weiter. Wir müssen den weltweiten Zusammenschluss der arbeitenden Volksschichten finden, eine Ablösung vom heutigen Spätkapitalismus durch neue Wirtschaftsformen (nicht Verstaatlichung!) finden. Darunter verstehe ich eine weltweite Demokratisierung des Wirtschaftslebens.

Wir kämpften in der Schweiz zuerst für die politische Demokratie, die wir erst mit der Einführung des Frauenstimmrechts weitgehend erreicht haben. Wir sind nun daran, den Sozial- und Wohlfahrtsstaat auszubauen. Als Nächstes erstreben wir die Demokratisierung der Wirtschaft, und dies auf nationaler und internationaler Ebene (wegen der Multis!). Der Bernburger Albert von Steck, der den Weg zur Sozialdemokratie gefunden hatte, sagte Ende des letzten Jahrhunderts: «Wir haben leider nur eine Sonntagsdemokratie. Am Sonntag gehen wir mit dem Wahlzettel stimmen und wählen, am Werktag macht die Demokratie vor den Fabrikatoren und Bankschaltern halt.»

Wir wollen eine Erweiterung der Entscheidungsgremien, ein vermehrtes Mitbestimmungsrecht, wo es möglich ist: die Selbstverwaltung der Betriebe, so dass die erkämpften Interessen der schweizerischen Arbeitnehmer durch die Wirtschaft wieder – und in Zukunft noch besser – abgedeckt werden können. Auch in der Wirtschaft sollen nicht wenige über viele herrschen können. Das ist nicht demokratisch! Auch dort soll

die Mehrheit der Bevölkerung sagen können, welches die Ziele unserer Wirtschaft sind. Das heisst, dass wir umdenken müssen, abkommen vom Zuwachsdanken, weil das automatisch zu neuen Sachzwängen führt. Mit der Zunahme des Strassenverkehrs zum Beispiel wachsen die Umweltprobleme und die umweltfreundlichen Bahnen geraten in rote Zahlen.

Das soll das Parlament und die Regierung steuern können?

Es gibt im Kleinstaat Schweiz keinen andern Weg. Die Volksmeinung kann auf die sogenannte freie Wirtschaft (= frei für einige Wenige, alle andern sind abhängig) einen Druck ausüben. Das erfolgt durch die Volksvertretung, das Parlament, das erfolgt aber auch durch die Regierung als ausführende Gewalt des Volkswillens. Die Regierungen auf allen Stufen sind die Exponenten und Handlungsbevollmächtigten, die Machtkonzernen gegenüber auftreten können.

Hat die SPS Interesse am Austritt aus den Regierungen?

Für das meiste, was im Parlament entschieden wird, fallen die Vorentscheidungen in den Exekutiven. Je nachdem, wie ein Exekutivmitglied politisch denkt, fördert es gewisse Entwicklungen oder lässt andere zurück. Ohne Bundesrat Tschudi hätte man vor kurzem nicht über die 9., sondern über die 4. AHV-Revision abgestimmt. Die politische Demokratie hat Stellwerke, wo die Weichen für die Zukunft gestellt werden. Das sind die Regierungen in Bund, Kantonen und Gemeinden. Unsere Behördenmitglieder in diesen Entscheidungsgremien können – auch wenn sie mit solchen aus andern Parteien nach den Spielregeln der Demokratie zusammenarbeiten müssen – ihren Einfluss geltend machen. Eine Abgabe dieser Einflussmöglichkeiten bedeutete eine Schwächung der Sozialdemokratie. Man räumt den Gegnern das Kampffeld.

Wann kommt für uns der dritte Bundesrat?

Erst nachdem wir in den kommenden Wahlen entscheidend gewonnen haben. Aber sicher nicht, wenn wir uns aus dem Bundesrat zurückziehen und zu verstehen geben, wir kämen dann, wenn man uns den dritten Bundesrat anbietet. Den Sozialdemokraten ist noch nie etwas geschenkt worden. Den dritten Bundesrat müssen wir uns also erkämpfen. Unsere Waffe ist der Wahlzettel. Nur er kann die Türe zur dritten Bundesratstür öffnen.

Glaubst Du, dass bei denen, die den Rückzug aus dem Bundesrat fordern, auch hin und wieder unredliche Motive auftauchen?

Nein.

Ich stelle fest, dass die alte Generation alles an dem misst, was sie früher gehabt hat. Die heutige Generation misst unsere Zustände an dem, was sein könnte. Wir haben Hauptziele wie dasjenige der Demokratisie-

rung der Wirtschaft und einer gerechten Verteilung des Vermögens noch nicht erreicht. Etwa 10 Prozent der Bevölkerung besitzt gleich viel Vermögen wie 90 Prozent der übrigen. Es ist uns nicht gelungen, unsere Einnahmen im Staate sozialer zu gestalten, es ist uns nicht gelungen, mit der Steuerharmonisierung das Problem der Steuerlasten zu lösen und der Steuerhinterziehung, auch die von Ausländern, in den Griff zu bekommen. Die Jungen sehen vorwiegend diese Mängel, an denen unser Bankensystem mitschuldig ist. Die Erreichung des Ziels eines sozialen und gerechten Staates, einer Demokratisierung auf allen Gebieten, geht den Jungen zu langsam vor sich. Es ist nicht schlechter Wille, der mitschwingt, wenn Junge etwa fordern, man solle in die Opposition gehen und «demonstrieren», und so die andern politischen Kreise zwingen, mit uns anders und neu zusammenzuarbeiten, um Veränderungen einzuleiten. Nun lehrt die Erfahrung eben leider, dass jede Oppositionspartei, wenn sie nicht zum Regieren kommt, zum Darben verurteilt ist (siehe Landesring).

Es ist das Bestreben einer jeden Oppositionspartei, an die Regierung zu kommen, weil man sich so politisch selbst verwirklichen kann, wenn auch nur zu einem Teil.

Welches ist das Verhältnis zwischen Volksinitiativen und politischer Arbeit im Parlament?

Initiativen sind immer das Mittel des Schwächeren in der Demokratie. Solange wir ein mehrheitlich bürgerliches Parlament haben, sind wir auf die Lancierung von Initiativen angewiesen. Initiativen werden oft durch Emotionen getragen, wie vieles andere auch in der Politik. Es ist darum natürlich, dass der Parteitag auf die Idee der Lancierung von Initiativen kommt und nicht das Parlament. Initiativen sind die Konzentration des Volkswillens. Die Atominitiative war eine echte Initiative, Emotionen standen dahinter. Schade, dass nicht alle Sektionen den Parteitag beschicken. Wer nicht dabei war, kann vieles nicht begreifen und vor allem nicht beeinflussen. Nachher die Faust im Sack zu machen nützt nichts.

Wie beurteilst Du die Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion?

Sie ist grundsätzlich gesellschaftspolitisch. Sie verwirklicht sich im sozialen Gebiet, die sozialen Vorstösse sind das, was unsere Fraktion prägt. Als Minderheit im bürgerlichen Parlament und Opposition gegen das herrschende Profitdenken erlebt sie, dass viele ihrer Vorschläge zum Scheitern verurteilt sind. Hierfür trägt sie aber nicht die Verantwortung, sondern die fortschrittlich gesinnten Wähler, die den Gang zur Urne am Wahltag versäumten.

Mit wem kann die SP-Fraktion koalieren?

Hier taucht das üble Wort des Kompromisses auf. Wir müssen von

Sachfrage zu Sachfrage Alliierte finden, diese wechseln von Fall zu Fall. Wenn sie nicht gefunden werden können, müssen wir in die Konfrontation ausweichen. Zum Beispiel beim Finanzpaket. Unsere Alternative hatte zum Ziel, eine halbe Milliarde Bundesdefizit abzudecken, die im Finanzpaket von Bundesrat Chevallaz gegeben war. Die bürgerliche Mehrheit wischte sie vom Tisch. Es waren 30 Vorschläge! Die Bürgerlichen machten in der Folge den Fehler, die Konfrontation, die wir im Parlament führen mussten, ins Volk zu tragen. Sie haben die Sache ins Parteipolitische gezogen, als Bundesrat Honegger sagte, mit der Annahme des Finanzpaketes wolle man beweisen, dass auch ohne SP Finanzpolitik getrieben werden könne. Mit rund 65 Prozent Nein-Stimmen hat diese Konfrontationspolitik der Bürgerlichen in der Volksabstimmung eine gründliche Abfuhr erhalten.

Leider hat bei dieser politischen Ausmarchung, die hauptsächlich zwischen SP und FdP geführt wurde, die CVP als «dynamische Mitte» nicht funktioniert. Hätte sie sich nicht in diesen bürgerlichen Umzug mit Rechtsdrall einspannen lassen, wäre vielleicht manches anders herausgekommen.

Wir in der SP sind, auf längere Zeit gesehen, für eine ausgeglichene Staatsrechnung. Wir haben Interesse daran, weil sonst unsere sozialen Postulate unter leeren Kassen leiden könnten. Die Abschiebung der Finanzlasten auf die Kantone birgt grosse Gefahren, weil sich damit in rückständigen Kantonen mit schwachen Einkommensschichten der soziale Ausgleich noch verschärfen würde. Gerade Berggebiete und andere schwächere Volksteile sind hier besonders gefährdet. Schon darum ist es wünschbar, wenn die Kantone ihre Einnahmen erhalten können. Solange wir aber keine materielle Steuerharmonisierung haben, kommt die krasse Ungleichheit den Reichen zugute, die in Tiefsteuernkantone ausweichen können. Der Lohnempfänger und Arbeitnehmer kann das nicht.

In verschiedenen Kantonen hat man mit Steuersenkungen laboriert. Damit hat man in erster Linie den Grossverdienern ein Geschenk gemacht. Sie profitierten am meisten von den prozentualen Steuererleichterungen. Nach einer Verlagerung der Finanzlast des Bundes auf die Kantone könnte sich die Finanzlage mancher Kantone wieder ändern. Allgemein steht wieder das Gespenst einer Teuerungswelle vor der Tür. Damit entsteht die Gefahr einer allgemeinen Teuerung für die öffentlichen Finanzhaushalte, da diese mit ihrer Steuererhebung zwei bis vier Jahre nachhinken. Somit wäre man wieder bei den roten Zahlen angelangt. Die Folgen sind bekannt: Defizitäre öffentliche Haushalte und kein Geld für die entsprechenden Notwendigkeiten der Allgemeinheit, insbesondere auf sozialem Gebiet.

* Dr. Heinz Bratschi ist Gemeinderat und Fürsorgedirektor der Stadt Bern.